

Leben wir in einer Angstgesellschaft?

Die Verbreitung von persönlichen und gesellschaftsbezogenen Sorgen in Deutschland

Christiane Lübke

1. Einleitung

Sorgen und Ängste sind seit Längerem ein bestimmendes Motiv soziologischer Gegenwartsdiagnosen und feuilletonistischer Debatten, die sich mit dem Zustand der heutigen Gesellschaft auseinandersetzen. Sorgen und Ängste finden sich dort in unterschiedlichen Formen immer wieder, gelegentlich ganz vordergründig wie in dem Buch von Heinz Bude (2014) mit dem Titel »Gesellschaft der Angst«, aber auch weniger explizit, mehr oder weniger unterschwellig. Schon in der »Risikogesellschaft« von Ulrich Beck aus dem Jahr 1986 werden die Ängste thematisiert, die – so Beck – durch die technisch-wissenschaftlichen Entwicklungen im Übergang zur Zweiten Moderne ausgelöst werden. Spätestens seit Beginn der 2010er Jahre werden die Ängste der Bevölkerung erneut breit diskutiert, diesmal jedoch zunächst mit Fokus auf Abstiegsängste, also die Sorgen über den Verlust der eigenen sozialen Position, beispielsweise durch Arbeitsplatzverlust oder unzureichende Absicherung im Alter. Soziale Abstiege, so der allgemeine Tenor, scheinen zuzunehmen und auch vor der traditionell gut abgesicherten Mittelschicht nicht mehr haltzumachen (Burkhardt et al. 2013; Lengfeld/Hirschle 2009; Schimank et al. 2014). In einem aktuell breit rezipierten Buch von Oliver Nachtwey mit dem Titel »Abstiegsgesellschaft« heißt es, dass die »kollektive Angst vor dem sozialen Abstieg allgegenwärtig« sei (Nachtwey 2017: 7). Doch damit nicht genug: In jüngster Zeit scheinen Naturkatastrophen wie lange Hitzeperioden, Hochwasser und Stürme verstärkt Sorgen über die Folgen des Klimawandels zu schüren, und mutmaßlich unkontrollierbare Flüchtlingsströme, Terroranschläge und kriegerische

Auseinandersetzungen erzeugen zudem Angst um Sicherheit und Friedenserhalt (Bauman 2006).

Die Diagnose einer zunehmend angstbestimmten Gesellschaft mag der öffentlichen Wahrnehmung entsprechen, empirisch gesichert ist sie nicht. Es fehlen sowohl fundierte Arbeiten zur sozialstrukturellen Verbreitung als auch zur Entwicklung der Sorgen und Ängste im Zeitverlauf. Belastbare Befunde liegen im Moment nur für einzelne Bereiche vor. Eine lange Tradition hat beispielsweise die Forschung zur Kriminalitätsfurcht (Boers 1991; Hirtenlehner 2006; Hummelsheim-Doß 2016). Die Angst vor dem Verbrechen ist demnach ein uraltes menschliches Gefühl, das jedoch nicht allein auf die objektive Kriminalitätsentwicklung und persönliche Viktimisierungserfahrungen zurückgeführt werden kann. Es zeigt sich vielmehr, dass Kriminalitätsfurcht auch Ausdruck einer generellen Verunsicherung angesichts tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen ist (Hirtenlehner 2006). Eine starke Zunahme der Kriminalitätsfurcht könnte folglich tatsächlich ein Anzeichen für eine zunehmend von Angst bestimmte Gesellschaft sein. Studien legen jedoch im Gegenteil eher nahe, dass sich eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland sicher fühlt (Dittmann 2005; Hummelsheim-Doß 2016).

Ebenfalls gut erforscht sind die Sorgen um den Arbeitsplatz, die eine Dimension der sogenannten subjektiven Arbeitsplatzunsicherheit darstellen und auch als Indikator für Abstiegsängste herangezogen werden (Erlinghagen 2010; Erlinghagen/Lübke 2015; Lengfeld/Hirschle 2009; Lengfeld/Ordemann 2017; Sverke et al. 2006). Arbeitsplatzsorgen entstehen dann, wenn Beschäftigte ihren Arbeitsplatz als bedroht wahrnehmen und befürchten, für längere Zeit arbeitslos zu werden. Mittlerweile zeigen zahlreiche Studien, dass auch hierbei nicht allein die eigene Beschäftigungssituation ausschlaggebend ist (ob man beispielsweise einen befristeten Arbeitsvertrag hat oder nicht), Arbeitsplatzsorgen sind auch eine emotionale Reaktion auf gesamtgesellschaftliche, wirtschaftliche und sozialpolitische Veränderungen (Erlinghagen 2008; Lübke/Erlinghagen 2014). Die Entwicklung der Arbeitsplatzsorgen folgt deshalb größtenteils dem allgemeinen Konjunkturverlauf: Geht es der Wirtschaft schlecht und ist die Arbeitslosigkeit hoch, schauen die Beschäftigten pessimistisch in die Zukunft; verbessern sich hingegen die wirtschaftlichen Bedingungen, nehmen auch die Sorgen um die Sicherheit des Arbeitsplatzes in der Bevölkerung wieder ab (Erlinghagen 2008; Green 2009; vgl. dazu auch den Beitrag von Lengfeld in diesem Band). Ähnlich ver-

hält es sich mit den Statusängsten, also der Sorge davor, von den Mitmenschen keine ausreichende soziale Wertschätzung zu erfahren (Delhey et al. 2017; Wilkinson/Pickett 2012). Diese Angst ist vor allem in sozial schlechter gestellten Schichten verbreitet (vgl. hierzu den Beitrag von Delhey/Steckermeier in diesem Band).

Darüber hinaus finden sich lediglich vereinzelte, meist anlassbezogene Studien zu den Sorgen und Ängsten der Menschen, beispielsweise zu den Sorgen der Bevölkerung über die Folgen der EU-Osterweiterung von Kroh (2005). Systematische Untersuchungen, die mehrere Sorgenbereiche vergleichend betrachten und dabei auch sozialstrukturelle Unterschiede berücksichtigen sowie eine Längsschnittperspektive einnehmen, sind bisher selten (eine wichtige Ausnahme ist hierbei Dehne 2017). Daher wissen wir derzeit nicht, *welche Bevölkerungsgruppen sich welche Sorgen machen und welche Sorgen und Ängste tatsächlich angestiegen sind*. Ein solches Wissen ist jedoch nicht nur zur Überprüfung von soziologischen Gesellschaftsdiagnosen unabdingbar. Empirisch gesicherte Befunde über die Gefühlslage der Menschen sind auch wichtig, weil Sorgen und Ängste Wahrnehmung und Verhalten der Menschen stark beeinflussen und damit sowohl politische als auch ökonomische Folgen nach sich ziehen können. Arbeitsplatzsorgen und die damit verbundene Angst vor dem sozialen Abstieg gehen beispielsweise nachweislich mit verringertem Wohlbefinden und eingeschränkter Gesundheit einher (Burgard et al. 2009; De Witte et al. 2016) und können auch die Einstellungen zum Sozialstaat verändern (Marx 2014; Nguyen 2017). Solche Modernisierungsängste werden zudem häufig herangezogen, um den Erfolg rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien in vielen westlichen Ländern erklärbar zu machen. Die Entstehung von Pegida beispielsweise wird von vielen als Ausdruck einer von Abstiegsängsten geplagten Mitte (Nachtwey 2017) verstanden, die ihre eigenen Abstiegssorgen auf Zuwanderer projiziert und gegen die aus ihrer Sicht drohende »Islamisierung des Abendlandes« demonstriert. In der soziologischen Forschung ist die Bedeutung von ökonomischen Sorgen und Ängsten beispielsweise für den Erfolg von Pegida oder der AfD jedoch umstritten (Lengfeld 2017; Lux 2018; Rippl/Seipel 2018; Schröder 2018, vgl. dazu auch Hertel/Esche sowie Droste in diesem Band), und bisher erlauben die empirischen Befunde dazu keine abschließende Bewertung.

Der vorliegende Beitrag möchte einen systematischen Überblick über die Verbreitung von persönlichen und gesellschaftsbezogenen Sorgen in

Deutschland liefern und damit die Diagnosen einer zunehmend angstbestimmten Gesellschaft einer empirischen Prüfung unterziehen. Persönliche Sorgen umfassen beispielsweise die Sorge um die eigene Altersvorsorge, die eigene Gesundheit oder den eigenen Arbeitsplatz. Gesellschaftsbezogene Sorgen beziehen sich hingegen auf Bereiche wie die Kriminalitätsentwicklung, die Zuwanderung, den Schutz der Umwelt und die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. Zunächst werden die aktuellen Sorgen und Ängste in Deutschland näher beleuchtet und eventuell bestehende Unterschiede zwischen verschiedenen Bildungsgruppen aufgedeckt, anschließend sollen die Sorgenverläufe der letzten Jahrzehnte nachgezeichnet werden. Der Beitrag endet mit einer abschließenden Bewertung der Diagnose Angstgesellschaft.

2. Datengrundlage und standardisierte Messung von Sorgen und Ängsten

Die folgenden Auswertungen zur Verbreitung von Sorgen und Ängsten in Deutschland greifen auf die repräsentativen Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zurück. Das SOEP ist die größte und am längsten laufende Wiederholungsbefragung von privaten Haushalten und allen darin lebenden Personen in Deutschland; sie wird seit 1985 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland jährlich unter dem Dach des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW, Berlin) durchgeführt (Goebel et al. 2018; Wagner et al. 2007). Neben zahlreichen objektiven und subjektiven Indikatoren zur Lebenslage enthält das SOEP von Beginn an Fragen zu den Sorgen und Ängsten der Menschen, die sukzessive auf aktuell 12 Sorgenfragen erweitert wurden.¹ Gefragt wird im genauen Wortlaut (und in folgender Reihenfolge) nach Sorgen »um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung« (ab 1985), »um Ihre eigene wirtschaftliche Situation« (ab 1985), »um Ihre eigene Altersversorgung« (ab 2015), »um Ihre Gesundheit« (ab 1999),

1 In den vergangenen Jahren gab es im SOEP zwischendurch auch Fragen nach Sorgen, die heute so nicht mehr erfasst werden. Dazu zählen beispielsweise die Sorgen über die Einführung des EUROS (erfragt in den Jahren 1999 bis 2003 und nochmals 2011) oder die Sorgen über die Folgen der EU-Osterweiterung (erfragt in den Jahren 2004 bis 2008). Diese werden hier nicht berücksichtigt.

»um den Schutz der Umwelt« (ab 1985), »um die Folgen des Klimawandels« (ab 2009), »um die Erhaltung des Friedens« (ab 1985), »über die Entwicklung der Kriminalität in Deutschland« (ab 1994), »um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft« (ab 2015), »über die Zuwanderung nach Deutschland« (ab 1999), »über Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in Deutschland« (ab 1992) und, nur von Erwerbstätigen zu beantworten, »um die Sicherheit Ihres Arbeitsplatzes« (ab 1985). Die Befragten können dabei auf einer dreistufigen Skala angeben, ob sie sich »keine«, »einige« oder »große Sorgen« bezüglich der abgefragten Bereiche machen. Im vorliegenden Beitrag werden jeweils die Anteile der Personen ausgewiesen, die von »großen Sorgen« berichten. Die Analyse beschränkt sich dabei auf Personen im Alter von 18 bis 80 Jahren, die die Fragen nach den Sorgen in den jeweiligen Jahren beantwortet haben.

Die »Sorgenbatterie« des SOEP liefert mit den oben genannten Fragen Informationen zu Sorgen aus unterschiedlichsten Bereichen. Es werden dabei sowohl persönliche als auch gesellschaftsbezogene Sorgen erfasst (Dittmann 2009). Persönliche Sorgen beziehen sich unmittelbar auf die Lebenssituation des Einzelnen. Dazu zählen beispielsweise die Sorge um die eigene Altersvorsorge, die eigene Gesundheit oder den eigenen Arbeitsplatz. Gesellschaftsbezogene Sorgen beziehen sich hingegen auf Bereiche wie die Kriminalitätsentwicklung², die Zuwanderung, den Schutz der Umwelt und die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, auf die der Einzelne keinen unmittelbaren Einfluss hat. Die Liste persönlicher und gesellschaftsbezogener Sorgen ließe sich sicher beliebig fortführen. Empirische Analysen zur Verbreitung von Sorgen und Ängsten sind jedoch darauf angewiesen, dass in repräsentativen Umfragen wie dem SOEP die immer gleichen Fragen über einen möglichst langen Zeitraum enthalten sind. Nur so können Veränderungen über die Zeit verlässlich nachgezeichnet und die Diagnose einer wachsenden Angst in der Gesellschaft überprüft werden. Das SOEP bietet nicht nur die wahrscheinlich umfangreichste Sorgenbatterie in Deutschland, es gibt auch Hinweise darauf, dass die wichtigsten Sorgenbereiche damit ausreichend abgedeckt sind. Im Anschluss an die standardisierte Erfassung der Sorgen werden die Befragten nämlich mit einer offenen Frage

2 Kriminalitätsfurcht kann sowohl auf sozialer als auch personaler Ebene erfasst werden (Boers 1991; Hirtenlehner 2006). Während die personale Kriminalitätsfurcht die Sorge widerspiegelt, selber Opfer einer Straftat zu werden, richtet sich die soziale Kriminalitätsfurcht auf die subjektiv wahrgenommene Bedrohung der Gesellschaft durch Kriminalität.

nach weiteren Ängsten gefragt, die sie zusätzlich zu den zuvor abgefragten Sorgen umtreiben. Nur bis zu 18 Prozent der Befragten nutzen in den Befragungen diese Möglichkeit und nennen weitere Sorgen (Rohrer et al. 2017). Darunter sind zumeist persönliche Sorgen, insbesondere Sorgen um die Zukunft der Kinder³ oder Sorgen um die Gesundheit von Familienangehörigen. Weitere gesellschaftsbezogene Sorgen werden – wenn überhaupt – nur in Bezug zu tagesaktuellen Ereignissen wie beispielsweise der BSE-Krise im Jahr 2001 genannt, die jedoch oft zu spezifisch und kurzlebig sind, um sie in standardisierte Befragungen aufzunehmen (Rohrer et al. 2017). Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass mit der Sorgenbatterie des SOEP die wichtigsten gesellschaftsbezogenen Sorgen erfasst werden.

Um eine Aussage zur Veränderung der größten Sorgen der Menschen über die Zeit machen zu können, sind Daten notwendig, die möglichst weit zurückgehen. Die Daten des SOEP reichen für Westdeutschland bis 1985 und für Ostdeutschland bis 1990 zurück, die jüngsten SOEP-Daten stehen für das Jahr 2016 zur Verfügung. In diesem Beitrag kann also ein Zeitraum von bis zu 31 bzw. 26 Jahren untersucht werden. Ob das ein ausreichend großer Zeitraum ist, um Gesellschaftsdiagnosen wie die von Heinz Bude zu betrachten, lässt sich schwerlich sagen, da diese sich auf eine meist nicht näher bestimmte Vergangenheit (meist unspezifisch »früher«) als Kontrastfolie zur Gegenwart beziehen. Das SOEP und damit auch die Analysen in diesem Beitrag decken aber auf jeden Fall einen aussagekräftigen Betrachtungszeitraum ab, in dem, wie sich noch zeigen wird, die Sorgen der Bevölkerung teilweise großen Schwankungen unterlagen.

3. Ergebnisse zur Verbreitung von persönlichen und gesellschaftsbezogenen Sorgen in Deutschland

Aktuelle Sorgen und Ängste in Deutschland

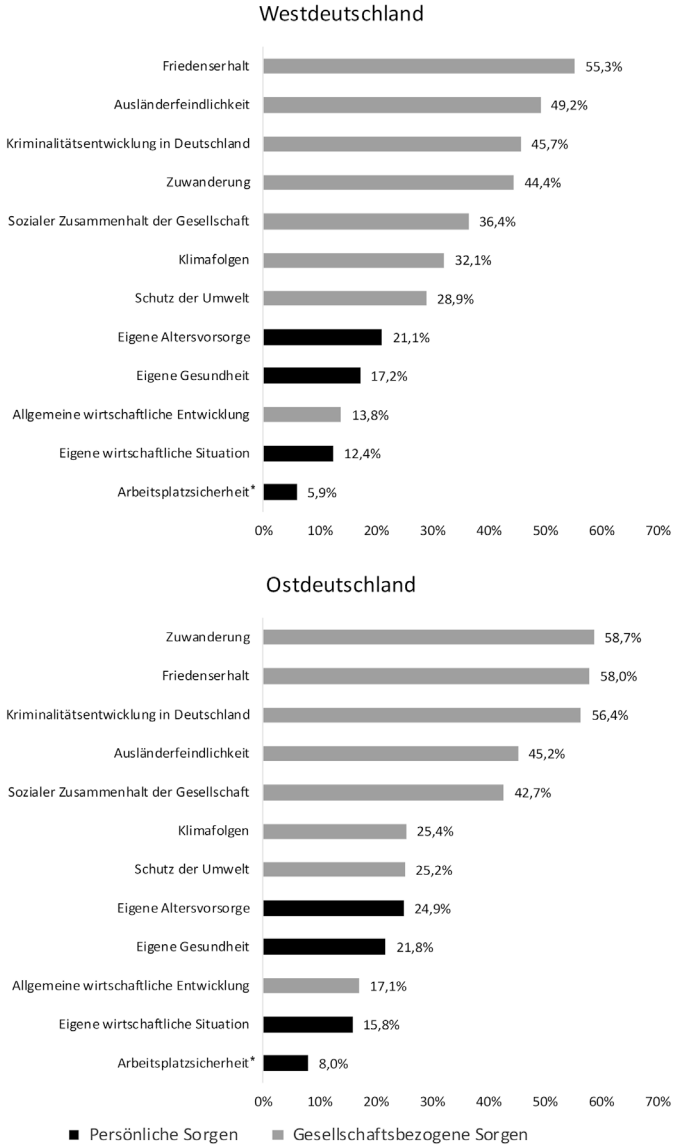
Abbildung 1 vermittelt zunächst einen Eindruck von den aktuellen Sorgen und Ängsten der Menschen in Deutschland. Getrennt für West- und Ostdeutschland sind die Anteile der Personen zwischen 18 bis 80 Jahren abgetragen, die

3 Mittlerweile sind mögliche Sorgen um die wirtschaftliche Zukunft der Kinder auch als Frage im SOEP aufgenommen, diese werden in diesem Beitrag aber noch nicht berücksichtigt.

sich im Jahr 2016 große Sorgen in den abgefragten Bereichen machten. Ganz oben auf der Liste stehen Sorgen, die allesamt mit den Themen Zuwanderung und Sicherheit in Verbindung gebracht werden können. In Westdeutschland sorgen sich 55 Prozent um den Erhalt des Friedens, 49 Prozent machen sich Sorgen über die Ausländerfeindlichkeit, 46 Prozent über die Kriminalitätsentwicklung in Deutschland und 44 Prozent über die Zuwanderung. In Ostdeutschland stehen ebenfalls die Sorgen über Zuwanderung (59 Prozent), Friedenserhalt (58 Prozent) und Kriminalitätsentwicklung (56 Prozent) ganz oben auf der Liste der häufigsten Sorgen. Die Sorgen über die Ausländerfeindlichkeit sind in Ostdeutschland (45 Prozent) auch noch unter den Top 4, aber etwas schwächer ausgeprägt als in Westdeutschland. Die Menschen in Ostdeutschland machen sich also etwas stärker Sorgen über die Zuwanderung an sich, während sich die Menschen in Westdeutschland stärker über die Ausländerfeindlichkeit, also gewissermaßen die Kehrseite der aktuellen Flüchtlingszuwanderung, Sorgen machen. Es kann aber auch festgehalten werden, dass die Sorgen über Zuwanderung und Ausländerfeindlichkeit in beiden Landesteilen aktuell stark verbreitet sind. West- wie Ostdeutsche machen sich nicht nur über mögliche negative Auswirkungen von Zuwanderung Sorgen, sondern im vergleichbaren Ausmaß auch über mögliche Anfeindungen und Diskriminierung der zugewanderten Ausländer durch die deutsche Bevölkerung (vgl. Kuhnt & Wengler in diesem Band zur Gefühlslage von Migranten).

Die aktuell stark verbreiteten Sorgen um den Erhalt des Friedens, über die Zuwanderung und die Ausländerfeindlichkeit lassen sich leicht auf aktuelle Entwicklungen wie die kriegerischen Auseinandersetzungen in vielen Teilen der Welt, die verstärkte Flüchtlingszuwanderung nach Europa seit 2015 und das Erstarken rechtspopulistischer Parteien zurückführen. Die aktuell ebenfalls verbreitete Angst vor Kriminalität in West- wie Ostdeutschland erscheint jedoch erklärungsbedürftig. Die Kriminalitätsraten in Deutschland sind jedenfalls nicht stark gestiegen und auf einem international vergleichsweise geringen Niveau (Hummelsheim et al. 2011; Polizeiliche Kriminalstatistik PKS 2018). Eine mögliche Erklärung liefert die in der Forschung zur Kriminalitätsfurcht entwickelte Generalisierungsthese (Hirtenlehner 2006). Diese These besagt, dass Kriminalitätsangst nicht allein als eine Reaktion auf tatsächliche Kriminalitätsgefahren entsteht, sondern auch Ausdruck einer allgemeinen Verunsicherung sein kann. Eine solche Verunsicherung könnte zum Beispiel durch eine starke und medial stark aufbereitete Zuwanderung ausgelöst werden. Tatsächlich zeigen Studien, dass die Sorgen

Abbildung 1: Persönliche und gesellschaftsbezogene Sorgen und Ängste in Ost- und Westdeutschland 2016



Quelle: SOEPv33.1, eigene Berechnungen (querschnittsgewichtet)

*nur für Erwerbstätige

über die Folgen der Zuwanderung stark mit den Sorgen über Kriminalität korrelieren (Fitzgerald et al. 2012; Rammstedt 2007). Wir können also davon ausgehen, dass sich die verstärkte Zuwanderung nach Deutschland in den letzten Jahren auch auf das Sicherheitsgefühl der Menschen auswirkt – ohne dass die Kriminalität tatsächlich angestiegen sein muss.

Doch zurück zu den häufigsten Sorgen und Ängsten der Menschen im Überblick: Mit deutlichem Abstand folgen auf den mittleren Rängen Sorgen um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft (36 Prozent in West- und 43 Prozent in Ostdeutschland), über die Folgen des Klimawandels (32 Prozent in West- und 25 Prozent in Ostdeutschland) und um den Umweltschutz (29 Prozent in West- und 25 Prozent in Ostdeutschland). Entgegen den sonst meist höheren Sorgenniveaus in Ostdeutschland sind die Sorgen um Klimawandel und Umweltschutz in Ostdeutschland etwas schwächer ausgeprägt als in Westdeutschland. Dieser auffällige, wenn auch kleine Unterschied erklärt sich möglicherweise dadurch, dass die Umweltdebatte und die damit verbundenen Aufklärungsbemühungen in Ostdeutschland später einsetzen als in Westdeutschland (Preisendörfer 1999: 108).

Persönliche Sorgen stehen in der Rangliste erst auf den unteren Plätzen, allerdings machen sich immerhin noch 25 Prozent der Ost- und 21 Prozent der Westdeutschen große Sorgen um die eigene Altersvorsorge und 17 Prozent der West- und 22 Prozent der Ostdeutschen machen sich große Sorgen um die eigene Gesundheit. Dass sich mehr Menschen um gesellschaftliche Entwicklungen sorgen als um ihre eigene Situation, zeigt sich auch in anderen Untersuchungen (Dittmann 2009). Dieses zunächst paradox wirkende Phänomen ist aus der Zufriedenheitsforschung bekannt und geht wahrscheinlich auf den sogenannten *optimism bias* zurück (Weinstein 1980). Er beschreibt die Tendenz der Menschen, zu glauben, dass sich ihre eigene Zukunft positiver entwickeln wird als die der anderen. Ein weiterer Grund dafür, dass sich Menschen häufig mehr um gesellschaftliche als um persönliche Belange sorgen, könnte in dem verbreiteten Gefühl begründet liegen, dass man die eigene Zukunft auch stärker beeinflussen kann als die gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Die subjektiv geringere Kontrolle über gesellschaftliche Problembereiche verstärkt entsprechend auch die gesellschaftsbezogenen Sorgen (Bandura 1977).

Wirtschaftliche Sorgen, egal ob auf persönlicher oder gesellschaftlicher Ebene, spielen aktuell nur eine untergeordnete Rolle. Lediglich 14 bzw. 17 Prozent der West- und Ostdeutschen machen sich Sorgen um die allge-

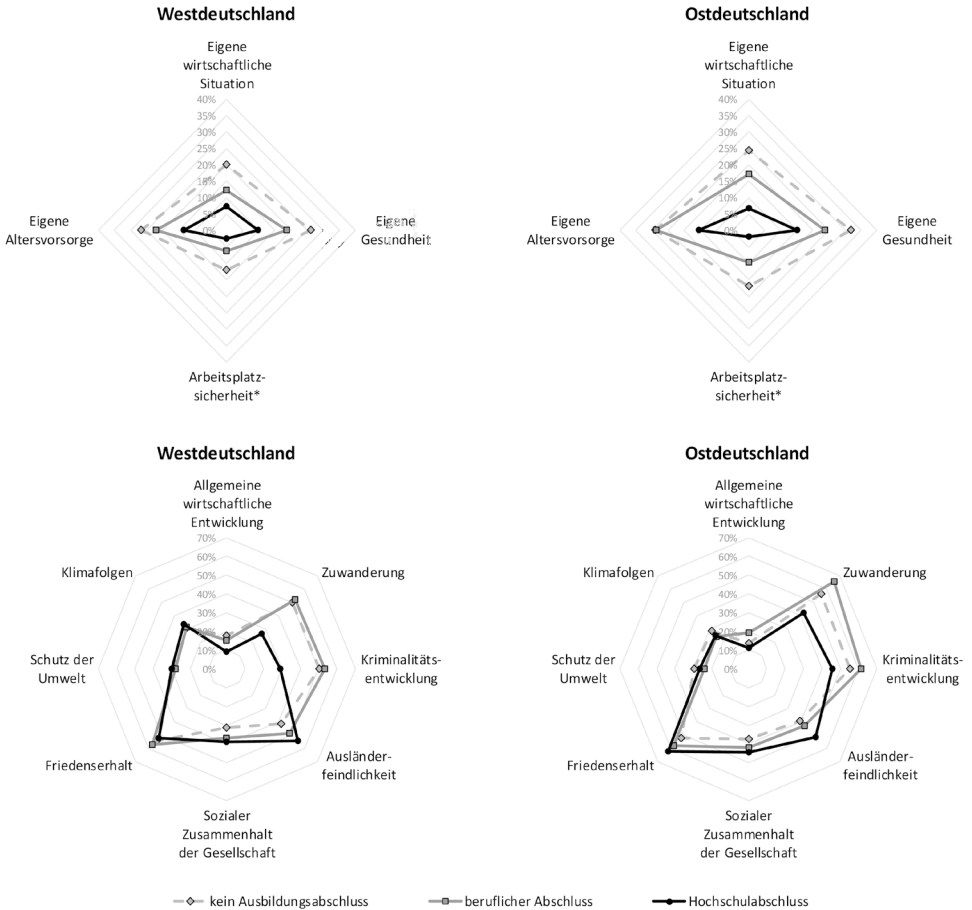
meine wirtschaftliche Entwicklung, und 12 bzw. 16 Prozent machen sich Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation. Die Sorgen um die Sicherheit des Arbeitsplatzes sind mit sechs bzw. acht Prozent der Beschäftigten sogar noch geringer. Wie die späteren Analysen zur Entwicklung der Sorgen im Zeitverlauf noch zeigen werden, ist das ein Rekordtief, das sicher vor allem auf die aktuell gute Konjunktur und niedrige Arbeitslosenquote in Deutschland zurückgeht (vgl. den Beitrag von Lengfeld in diesem Band). Die aktuell geringen ökonomischen Sorgen in Deutschland stehen im starken Widerspruch zu der Diagnose einer Angstgesellschaft, laut der »Erwerbstätigkeit [...] zunehmend weniger Menschen Sicherheit, Status und Prestige sowie die Möglichkeit einer kontinuierlichen Lebensplanung« biete und ökonomische Unsicherheiten weit verbreitet seien (Nachtwey 2017: 121).

Sozialstrukturelle Verteilung der aktuellen Sorgen und Ängste

Viele Zeitdiagnosen unterstellen nicht nur, dass Sorgen und Ängste ein bestimmendes Motiv moderner Gesellschaften sind, sondern behaupten zudem, dass Sorgen »keine sozialen Grenzen« mehr kennen würden (Bude 2014: 3) und damit alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen verunsichert seien. Um diese Annahme zu überprüfen, sollen im Folgenden die Sorgenprofile verschiedener Bildungsgruppen miteinander verglichen werden. Bildung wird dabei als ein wichtiger Indikator für die soziale Schicht einer Person und die damit verbundenen Handlungsmöglichkeiten verwendet. Anhand des höchsten erreichten Ausbildungsabschlusses wird zwischen Personen mit einem niedrigen (ohne jeglichen Ausbildungsabschluss), mittleren (mit beruflichem Ausbildungsabschluss) und hohen (mit Hochschulabschluss) Bildungsabschluss unterschieden. Personen, die noch im Bildungssystem sind, werden nicht betrachtet.

Abbildung 2 zeigt, wie sich die Sorgen verschiedener Bildungsgruppen unterscheiden. Die Linien in den Netzdiagrammen geben jeweils für die Gruppe der Personen mit niedrigem, mittlerem und hohem Bildungsstand den Anteil der Personen wieder, die sich 2016 große Sorgen in den abgefragten Bereichen machten. In Hinblick auf die persönlichen Sorgen zeigt sich ein klares und wenig verwunderliches Muster. Je höher der höchste Ausbildungsabschluss, desto seltener sind die Sorgen um die eigene Zukunft. Dieser Zusammenhang zeigt sich in West- wie in Ostdeutschland sowohl für die Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation und um den Arbeitsplatz

Abbildung 2: Sorgenprofile verschiedener Bildungsgruppen in Ost- und Westdeutschland 2016



Quelle: SOEPv33.1, eigene Berechnungen (querschnittsgewichtet)
 *nur für Erwerbstätige

als auch für die Sorgen um die eigene Gesundheit und für Westdeutschland auch um die Altersvorsorge. Lediglich in Ostdeutschland unterscheiden sich Personen niedriger und mittlerer Bildung nicht hinsichtlich ihrer Sorgen um die eigene Altersvorsorge, Personen mit einem hohen Bildungsabschluss machen sich aber auch hier aufgrund ihrer besseren (ökonomischen) Lage

weniger Sorgen. Insgesamt wird deutlich, dass – anders als von den Gesellschaftsdiagnosen behauptet – das Ausmaß der persönlichen Sorgen sehr wohl von der sozialen Position einer Person abhängt.

Kein so eindeutiges Bild zeigt sich bei der Betrachtung der gesellschaftsbezogenen Sorgen verschiedener Bildungsgruppen. Hier gibt es sowohl Sorgen, die in allen Bildungsgruppen gleichermaßen stark auftreten, als auch Sorgen, die zwischen den Bildungsgruppen – in unterschiedlichen Richtungen – teilweise stark auseinandergehen. Die größten Unterschiede zeigen sich hinsichtlich der Sorgen über Zuwanderung und Kriminalitätsentwicklung, wobei die auffälligste Trennlinie zwischen Personen mit niedrigem und mittlerem Bildungsabschluss einerseits und Personen mit hohem Bildungsabschluss andererseits verläuft. Der Anteil derjenigen, die sich große Sorgen über die Zuwanderung machen, ist in der Gruppe der Personen mit niedrigerer Bildung in Westdeutschland um bis zu 26 Prozentpunkte höher als in der Gruppe der Personen mit einem hohen Bildungsabschluss. Bei den Kriminalitätssorgen beträgt diese Differenz zwischen den Bildungsgruppen 24 Prozentpunkte. Weitere (hier nicht dargestellte) Ergebnisse belegen zudem, dass sich diese markanten bildungsabhängigen Unterschiede in der Gefühlslage nicht nur aktuell, sondern in ähnlicher Weise über den gesamten Beobachtungszeitraum zeigen. In der Literatur wird der Zusammenhang zwischen Bildung und der Angst vor Zuwanderung vor allem mit der Konkurrenz- oder Verdrängungshypothese erklärt: Es machen sich demnach vor allem Personen aus unteren sozialen Schichten starke Sorgen über die Zuwanderung, weil sie sich materiell oder ideell von den neu Zugewanderten bedroht fühlen und beispielsweise glauben, mit ihnen um Arbeitsplätze konkurrieren zu müssen (Lancee/Sarrasin 2015). Die größten Sorgen machen sich hier allerdings nicht, wie bei den persönlichen Sorgen, die Personen ohne Ausbildungsabschluss, sondern die Personen mit Ausbildungsabschluss. In Ostdeutschland ist der Abstand zwischen dem Sorgenausmaß der verschiedenen Bildungsgruppen vor allem deshalb geringer, weil sich hier ein deutlich höherer Anteil an Personen mit Hochschulabschluss Sorgen über Zuwanderung und Kriminalitätsentwicklung macht als in Westdeutschland.

Bildungsunterschiede zeigen sich zudem bei den Sorgen über Ausländerfeindlichkeit und um den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Während sich, wie gesehen, Personen mit niedrigem und mittlerem Bildungsabschluss stärker über die möglichen negativen Auswirkungen von

Zuwanderung Sorgen machen, gilt die Sorge von Personen mit einem hohen Bildungsabschluss stärker der Ausländerfeindlichkeit, die die aktuelle Zuwanderung auslösen könnte bzw. schon ausgelöst hat. Die Bildungsunterschiede bei den Sorgen über die Ausländerfeindlichkeit sind allerdings deutlich geringer als bei Zuwanderungssorgen und Kriminalitätsfurcht, was deutlich macht, dass Ausländerfeindlichkeit in allen Schichten Angst auslöst.

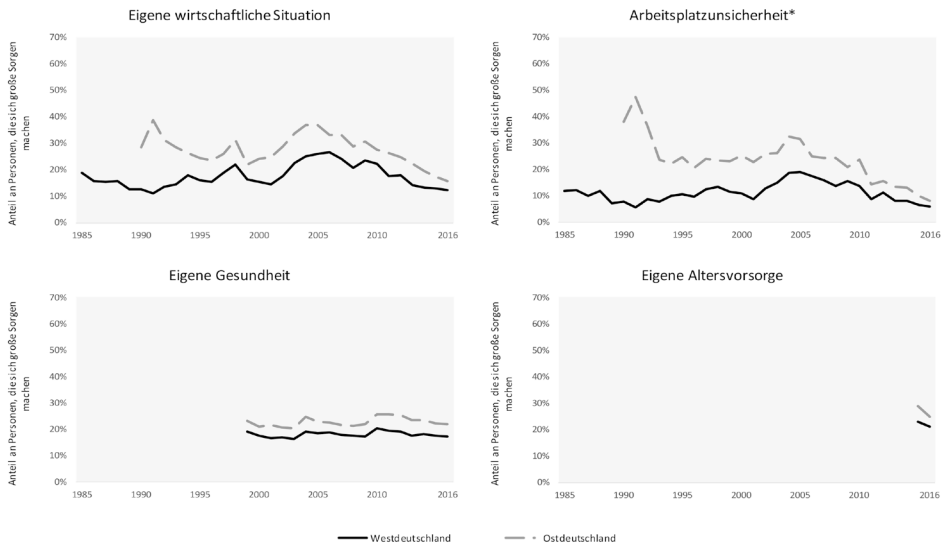
Es sieht so aus, als wäre Deutschland gespalten hinsichtlich der Gefühle, die die aktuelle Flüchtlingszuwanderung bei den Menschen auslöst. Vor allem Personen mit niedriger und mittlerer Bildung machen sich Sorgen über die Zuwanderung und die damit in Verbindung gebrachte Kriminalität; bei Personen mit Hochschulabschluss sind diese Sorgen deutlich seltener. Diese sozialstrukturellen Unterschiede zeigen sich zudem in beiden Teilen Deutschlands, sind aber im Westen deutlich stärker ausgeprägt. Bei den übrigen gesellschaftsbezogenen Sorgen zeigen sich hingegen keine nennenswerten Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen. Der Erhalt des Friedens, der Schutz der Umwelt und die Folgen des Klimawandels werden über alle Schichten hinweg in ähnlicher Weise als besorgniserregend eingeschätzt.

Entwicklung der Sorgen und Ängste im Zeitverlauf

Im Folgenden soll es nun um die Frage gehen, ob – und wenn ja, welche – Sorgen und Ängste in den letzten Jahrzehnten tatsächlich, wie von verschiedensten Zeitdiagnosen behauptet, zugenommen haben. Abbildung 3 zeigt dafür zunächst die für Ost- und Westdeutschland getrennte Entwicklung der persönlichen Sorgen zwischen 1985 bzw. 1990 und 2016 (vgl. dazu auch Tabellen im Anhang). Eine kontinuierliche Zunahme lässt sich für keine der betrachteten persönlichen Sorgen feststellen. Die Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation wie auch die Sorgen um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes (nur erfasst für Erwerbstätige) unterliegen stattdessen anhaltenden Schwankungen, die vor allem die konjunkturelle Entwicklung und die damit im Zusammenhang stehende Situation auf dem Arbeitsmarkt widerspiegeln (vgl. hierzu auch die Ausführungen von Erlinghagen 2010). In Zeiten, in denen die Arbeitslosigkeit hoch ist, wie beispielsweise in den 1990er Jahren, machen sich auch mehr Menschen große Sorgen um ihren Arbeitsplatz und ihre wirtschaftliche Situation. In Zeiten wirtschaftlicher Erholung werden entsprechend die wirtschaftlichen Sorgen der Menschen

auch wieder weniger. Trotz weltweit immer wieder auftretender Wirtschafts- und Finanzkrisen ist die Konjunktur in Deutschland momentan gut und die Arbeitslosigkeit niedrig. Der Anteil derjenigen, die sich große Sorgen um ihre wirtschaftliche Situation und ihren Arbeitsplatz machen, ist dementsprechend seit einigen Jahren rückläufig und liegt aktuell in Westdeutschland bei zwölf bzw. sechs Prozent. Mit Ausnahme der Jahre unmittelbar nach der Wende verläuft die Entwicklung der Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation und um die Sicherheit des Arbeitsplatzes in Ostdeutschland recht ähnlich zu der in Westdeutschland. Direkt nach der Wiedervereinigung berichteten allerdings 47 Prozent von großen Sorgen um den Arbeitsplatz und 39 Prozent sorgten sich um ihre persönliche wirtschaftliche Situation. Trotz schnell rückläufiger Sorgen in Ostdeutschland in den Folgejahren ist der Anteil an Personen, die sich Sorgen um ihre wirtschaftliche Situation machen, bis heute in Ostdeutschland durchweg höher als in Westdeutschland.

Abbildung 3: Entwicklung persönlicher Sorgen in West- und Ostdeutschland, 1985 bis 2016

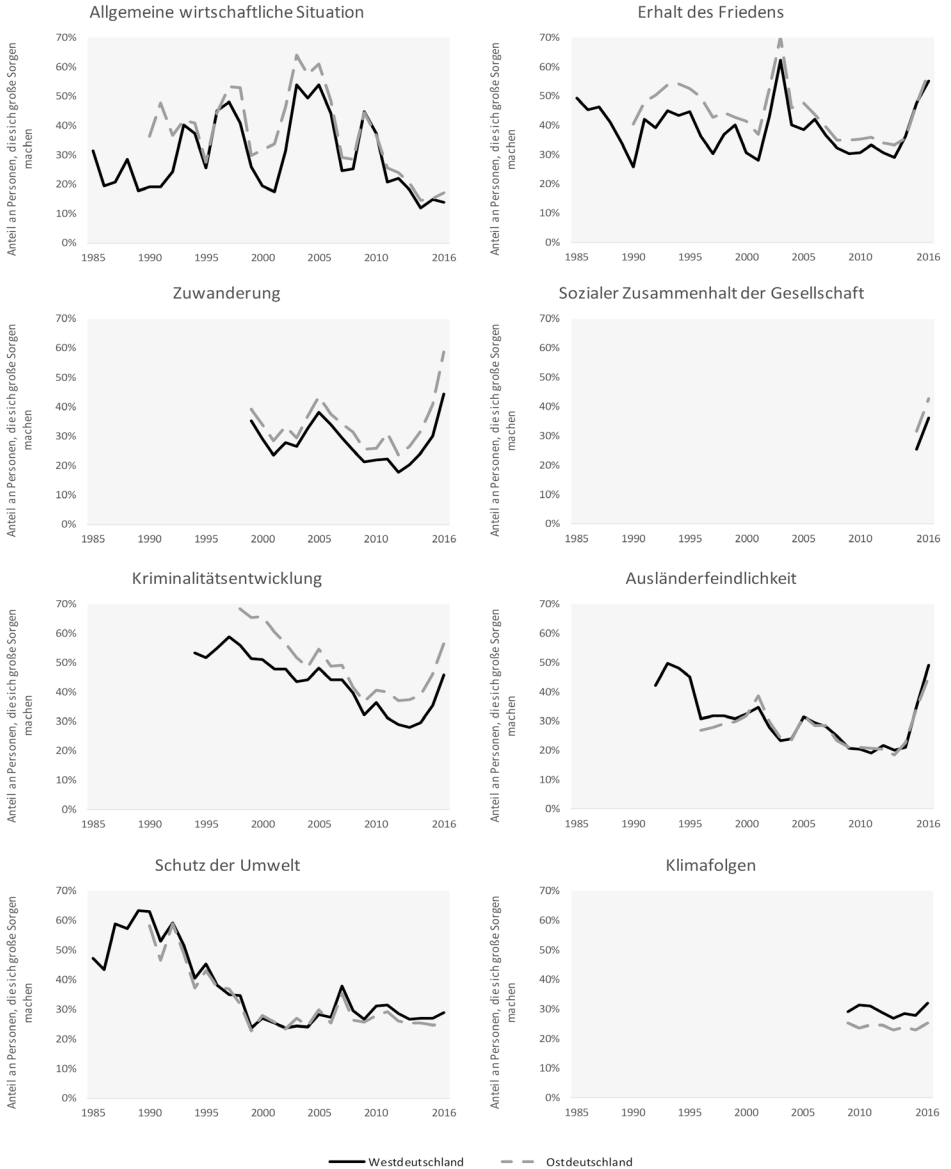


Quelle: SOEPv33.1, eigene Berechnungen (querschnittsgewichtet)
 *nur für Erwerbstätige

Die Sorgen um die eigene Gesundheit sind im Zeitverlauf vergleichsweise stabil. In den letzten 17 Jahren – dem Zeitraum, in dem diese Sorge erfasst wird – schwankt der Anteil der Personen, die sich große Sorgen um ihre Gesundheit machen, lediglich zwischen 16 und 20 Prozent in Westdeutschland und zwischen 20 und 26 Prozent in Ostdeutschland. Das wird daran liegen, dass persönliche Gesundheitsorgen vor allem mit dem eigenen Gesundheitszustand einer Person und damit mehr mit dem Alter der Person als mit gesellschaftlichen Entwicklungen zusammenhängen. Dennoch sind die Gesundheitsorgen in Ostdeutschland durchweg etwas weiter verbreitet als in Westdeutschland. Das gilt auch für die Sorgen um die eigene Altersvorsorge, die zudem auch insgesamt von etwas mehr Menschen geteilt werden. Die Sorge um die Absicherung im Alter ist, wie bereits gesehen, sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland aktuell die größte persönliche Sorge der Menschen. 21 Prozent der Westdeutschen und 25 Prozent der Ostdeutschen berichten, dass sie sich große Sorgen um ihre Absicherung im Alter machen. Wie sich die Sorgen um die Altersvorsorge möglicherweise im Zeitverlauf entwickelt haben, lässt sich aufgrund der kurzen Zeitreihe für diese Sorge im SOEP nicht sagen.

Die Entwicklung der einzelnen gesellschaftsbezogenen Sorgen, dargestellt in Abbildung 4, verläuft sehr unterschiedlich (vgl. dazu auch die Tabellen im Anhang). Die größten Schwankungen im Zeitverlauf mit vielen sprunghaften Anstiegen und Rückgängen weisen die Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung auf. Ähnlich wie die zuvor betrachteten Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation und die persönlichen Arbeitsplatzsorgen – nur auf deutlich höherem Niveau – folgen sie im Wesentlichen dem allgemeinen Konjunkturverlauf. Am größten waren die wirtschaftlichen Sorgen Mitte der 2000er Jahre: Im Jahr 2005 berichteten beispielsweise 54 Prozent der Westdeutschen und sogar 61 Prozent der Ostdeutschen von großen Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. In den Folgejahren sind diese Sorgen allerdings auch wieder stark zurückgegangen. Im Jahr 2016 machten sich, wie bereits gesehen, »nur« noch 14 Prozent der Westdeutschen große Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Situation, in Ostdeutschland noch 17 Prozent. Wirtschaftliche Sorgen sind damit aktuell und schon seit einigen Jahren – sicherlich auch aufgrund der derzeit guten Konjunktur und niedrigen Arbeitslosenquote in Deutschland – auf einem im Untersuchungszeitraum bisher einmaligen Tiefstand.

Abbildung 4: Entwicklung gesellschaftsbezogener Sorgen in West- und Ostdeutschland, 1985 bis 2016



Quelle: SOEPv33.1, eigene Berechnungen (querschnittsgewichtet)

Starken Schwankungen im Zeitverlauf unterliegen auch die Sorgen um den Erhalt des Friedens. Zwischen 1985 und 1990 konnte – sicher auch aufgrund der sukzessiven Annäherung zwischen dem Westen und der Sowjetunion – zunächst ein deutlicher Rückgang beobachtet werden, der 1990 ein abruptes Ende fand. Machten sich 1990 lediglich 26 Prozent der Westdeutschen große Sorgen um den Frieden, steigt dieser Anteil im Folgejahr auf 42 Prozent an. Das könnte vor allem mit dem Zweiten Golfkrieg zusammenhängen, der 1990 mit dem Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait begann. Die Menschen in Ostdeutschland machen sich insbesondere in den 1990er Jahren deutlich mehr Sorgen um den Frieden, was auch mit der unsicheren Situation kurz nach der Wiedervereinigung zu tun haben mag. Die Ost-West-Unterschiede sind jedoch mittlerweile zurückgegangen. In der Folge der Terroranschläge vom 11. September 2001 und der darauffolgenden Kriege in Afghanistan und im Irak nehmen die Sorgen um den Frieden ein zweites Mal stark zu. Im Jahr 2003 erreichen sie einen absoluten Höhepunkt, 62 Prozent der Westdeutschen und sogar 70 Prozent der Ostdeutschen berichten in diesem Jahr davon, dass sie sich große Sorgen um den Frieden machen. In den Folgejahren geht die Furcht um den Erhalt des Friedens aber auch langsam wieder zurück. Aktuell lässt sich jedoch wieder ein deutlicher Anstieg in beiden Teilen Deutschlands beobachten. Auch dieser Anstieg fällt mit tatsächlichen kriegerischen Auseinandersetzungen wie den Kriegen in Syrien und der Ukraine zusammen.

Schwankungen im Zeitverlauf unterliegen auch die Sorgen, die sich Menschen über die Zuwanderung machen. Ein erster Höhepunkt der Zuwanderungssorgen kann in den Jahren 2004 und 2005 beobachtet werden. Dieser Anstieg lässt sich mit der zeitgleichen EU-Osterweiterung und der damit einhergehenden Diskussion um die Zuwanderung von Arbeitskräften aus den neuen Mitgliedsstaaten wie Polen in Zusammenhang bringen. Er fällt aber auch zusammen mit der Einführung der Hartz-Reformen, die insgesamt große wirtschaftliche Sorgen auslösten. Im Sinne der Konkurrenz- oder Verdrängungshypothese könnten daher auch die Hartz-Reformen Sorgen über die Zuwanderung verstärkt haben. Ebenso wie die wirtschaftlichen Sorgen sind auch die Sorgen über die Zuwanderung seit Mitte der 2000er Jahre stark rückläufig. Im Jahr 2012 machten sich mit 18 Prozent in West- und 24 Prozent in Ostdeutschland so wenig Menschen Sorgen über die Zuwanderung wie nie zuvor im Untersuchungszeitraum. Ein weiterer, diesmal aber deutlich stärkerer Anstieg der Sorgen über die Zuwanderung lässt sich

in den letzten Jahren des Untersuchungszeitraums beobachten. Von 2012 bis 2016 steigen die Anteile der Menschen mit Sorgen über die Zuwanderung auf 44 Prozent in West- und 59 Prozent in Ostdeutschland. Die drastisch gestiegene Zuwanderung von Flüchtlingen, insbesondere aus Syrien, dem Irak und Afghanistan – im Jahr 2015 stellten rund 480.000 Menschen einen Antrag auf Asyl in Deutschland, 2016 waren es sogar rund 750.000 (BAMF 2018) –, und die damit verbundene Debatte sollten dafür den Ausschlag gegeben haben. Ebenfalls in den letzten zwei Jahren angestiegen sind die Sorgen um den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft, allerdings ist die bisher verfügbare Zeitreihe hier viel zu kurz, um langfristige Trends ablesen zu können.

Die Sorgen über die Kriminalitätsentwicklung in Deutschland und über die Ausländerfeindlichkeit sind im Großen und Ganzen seit Ende der 1990er Jahre sukzessiv rückläufig, allerdings endeten diese Abwärtstrends ebenfalls im Jahr 2015, zeitgleich mit der verstärkten Flüchtlingszuwanderung, abrupt. Während sich 2013 mit 28 Prozent so wenig Menschen wie noch nie in Westdeutschland Sorgen über die Kriminalität gemacht haben, stieg dieser Wert in den Folgejahren auf aktuell 46 Prozent an. Damit liegt er aber noch unter dem Niveau der Kriminalitätssorgen Anfang der 2000er Jahre. In Ostdeutschland ist die Kriminalitätsfurcht durchweg höher als in Westdeutschland und nahm in den letzten Jahren auf einen Anteil von bis zu 56 Prozent zu. Ähnlich stark ist der Anstieg bei den Sorgen über die Ausländerfeindlichkeit in den letzten Jahren. War auch hier der Anteil der Personen, die sich über Ausländerfeindlichkeit große Sorgen machen, in beiden Landesteilen lange Jahre rückläufig, ist dieser auf aktuell 49 Prozent in West- und 45 Prozent in Ostdeutschland angestiegen und damit so hoch wie zuletzt in den 1990er Jahren. Diese beiden Entwicklungen stehen höchstwahrscheinlich ebenfalls im Zusammenhang mit der Flüchtlingszuwanderung, jedenfalls ist die Kriminalitätsrate im selben Zeitraum nicht so stark angestiegen. Es ist anzunehmen, dass die vermehrten Sorgen auch hier eine Reaktion auf die Zuwanderung und die damit verbundenen Entwicklungen ist.

Der Zustand der Umwelt ist bis Mitte der 1990er Jahre eine der größten Sorgen der Deutschen – ausgelöst sicher auch durch das damals befürchtete Waldsterben und die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Seitdem sind die Umweltsorgen jedoch stark zurückgegangen. Der Anteil derjenigen, die sich große Sorgen um den Schutz der Umwelt machen, ist in Westdeutschland von 63 Prozent im Jahr 1990 innerhalb eines Jahrzehnts auf 27 Prozent im Jahr 2000 gesunken und verharrt seitdem recht stabil auf diesem nied-

rigen Niveau. Für diese Entwicklung lassen sich verschiedene Erklärungen vermuten. Es könnte in der Bevölkerung der Eindruck entstanden sein, dass bereits ausreichend viel für den Schutz der Umwelt getan wird und man sich daher keine großen Sorgen mehr machen muss. Es könnte auch daran liegen, dass sich die Umweltverhältnisse tatsächlich im Vergleich zu den 1980er und 1990er Jahren deutlich verbessert haben (man denke nur an die Wasserqualität in vielen Flüssen und Seen) und Umweltschutz folglich kein gesellschaftlicher Bereich mehr ist, um den man sich große Sorgen machen muss (Preisendörfer 1999: 30). Außerdem könnten andere gesellschaftliche Probleme wie beispielsweise die hohe Arbeitslosigkeit in den 1990er Jahren oder die starken Befürchtungen um die Sicherung des Friedens Mitte der 2000er Jahre die Umweltsorgen aus dem Bewusstsein der Menschen verdrängt haben. An dem im Vergleich zu den 1980er Jahren geringen Ausmaß der Umweltsorgen scheinen selbst die anhaltenden Diskussionen und Aufklärungskampagnen um Umwelt- und Klimaschutz nur wenig zu ändern. Lediglich in der Folge des Sturms Kyrill im Jahr 2007 steigen die Umweltsorgen kurzfristig wieder an, erreichen aber bei Weitem nicht das Niveau der 1980er Jahre. In Ostdeutschland verläuft die Entwicklung sehr ähnlich. Das Ausmaß der Umweltsorgen ist dort zwar meist etwas geringer, die Unterschiede zu den alten Bundesländern sind jedoch (vor allem im Vergleich zu den anderen Sorgenbereichen) minimal. Seit dem Jahr 2009 werden zusätzlich zu den Umweltsorgen auch die Sorgen über die Folgen des Klimawandels im SOEP erhoben. Diese weisen ein ähnlich niedriges und stabiles Niveau wie die allgemeinen Umweltsorgen auf und sind ebenfalls in Westdeutschland etwas höher als in Ostdeutschland.

4. Schlussbetrachtung

Ziel des vorliegenden Beitrages war es, die Diagnose einer zunehmend angstbestimmten Gesellschaft einer empirisch fundierten Überprüfung zu unterziehen und einen systematischen Überblick über die Verbreitung von persönlichen und gesellschaftsbezogenen Sorgen in Deutschland zu geben. Die Auswertung der repräsentativen Daten des Sozio-oekonomischen Panels zeigt, dass sich die Menschen in Deutschland seit einigen Jahren zuallererst um die Themen Zuwanderung und Sicherheit sorgen. Zu den größten Sorgen und Ängsten zählen sowohl in West- als auch in Ostdeutschland der Friedenserhalt, Ausländerfeindlichkeit, Kriminalitätsentwicklung und

Zuwanderung. Das sind keine völlig neuen Sorgen, auffällig ist im Zeitvergleich jedoch, dass diese vier Sorgen lange rückläufig waren, dann 2012/2013 sprunghaft anstiegen und seit nunmehr vier Jahren zu den stärksten Sorgen der Deutschen zählen.

All diese Sorgen können mit aktuellen Entwicklungen wie der zahlenmäßig starken und medial breit aufbereiteten Flüchtlingszuwanderung, dem Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien sowie mit in Europa verübten Terroranschlägen und mit kriegerischen Auseinandersetzungen in der Welt in Zusammenhang gebracht werden. Diese Entwicklungen verunsichern die Menschen in Deutschland. Sie fürchten um ihre Sicherheit und den Frieden und machen sich Sorgen über mögliche Folgen, die mit den aktuellen Entwicklungen verbunden sein könnten. Genauso stark machen sich die Menschen zurzeit aber auch Sorgen über die im Zuge der Flüchtlingszuwanderung wieder aufkommende Ausländerfeindlichkeit in Deutschland.

Leben wir also in einer Angstgesellschaft? Die Antwort lautet Nein. Trotz des aktuell auffälligen Anstiegs der Sorgen um Friedenserhalt, über Ausländerfeindlichkeit, Kriminalitätsentwicklung und Zuwanderung widersprechen die in diesem Beitrag präsentierten Ergebnisse der gängigen Diagnose einer zunehmend angstbestimmten Gesellschaft. Es lässt sich, anders als von vielen Gegenwartsdiagnosen behauptet, kein *genereller* Aufwärtstrend bei den Sorgen und Ängsten der Menschen innerhalb der letzten Jahrzehnte feststellen. Die verschiedenen Sorgen und Ängste unterliegen vielmehr jeweils unterschiedlichen Schwankungen, die sich meistens mit bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungen und Ereignissen erklären lassen. Starke Sorgenanstiege hat es bereits in früheren Jahren gegeben und meist sind die Sorgen nach einem solchen anlassbezogenen Anstieg in den Folgejahren auch wieder zurückgegangen. Ein Beispiel für solche anlassbezogenen und vorübergehenden Sorgenphasen sehen wir bereits in den 1980ern und bis Mitte der 1990er Jahre, in denen die Sorgen um den Umweltschutz besonders stark waren. Auslöser dafür waren sicher die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl sowie die in dieser Zeit anhaltenden Diskussionen um sauren Regen, das Waldsterben oder das Ozonloch. Abgelöst wurden die Umweltsorgen als dominierende Gefühlslage in den 1990er Jahren durch starke wirtschaftliche Sorgen (begleitet von einem Anstieg der Kriminalitätsfurcht). Deutschland war zu dieser Zeit der »kranke Mann Europas«, das Wirtschaftswachstum war gering und die Arbeitslosigkeit hoch. Auch etwa Mitte der 2000er Jahren waren die Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, die Sicherheit des eigenen Arbeits-

platzes und die eigene wirtschaftliche Situation für einige Jahre stark erhöht (zu möglichen Ursachen vgl. Erlinghagen 2010). Beide Male gingen die Sorgen auch wieder deutlich zurück. Auch die Sorgen um den Frieden waren schon einmal stark erhöht, nämlich in der Folge der Terroranschläge vom 11. September 2001; auch diese Sorgen haben sich schnell wieder auf das Ausgangsniveau eingependelt. Aktuell machen sich die Menschen nun Sorgen über die Folgen der Zuwanderung, es liegt jedoch nahe anzunehmen, dass auch diese Sorgen im Laufe der Zeit wieder zurückgehen werden.

Gegen die These einer Angstgesellschaft spricht zudem, dass in den letzten Jahren nicht alle erfassten Sorgen zugenommen haben. Während die Sorgen um Friedenserhalt, Ausländerfeindlichkeit, Kriminalitätsentwicklung und Zuwanderung in der Tat in den letzten Jahren beachtlich angestiegen sind, gab es im gleichen Zeitraum auch Bereiche, in denen die Sorgen rückläufig waren. Nachdem wirtschaftliche Sorgen die Gefühlslage der Menschen beispielsweise Mitte der 2000er Jahre prägten, spielen diese aktuell, egal ob auf persönlicher oder gesellschaftlicher Ebene, nur eine untergeordnete Rolle. Das mag sicher vor allem mit der aktuell guten Konjunktur und der niedrigen Arbeitslosenquote in Deutschland zusammenhängen, steht aber im klaren Widerspruch zur Diagnose Angstgesellschaft, laut der der Arbeitsmarkt auch in wirtschaftlich guten Zeiten keine Sicherheit mehr bietet (Bude 2014; Nachtwey 2017).

Ebenfalls vergleichsweise gering und damit im Widerspruch zu den herangezogenen Gegenwartsdiagnosen stehend sind die persönlichen Sorgen, wie beispielsweise die Sorgen um die eigene Gesundheit oder Altersvorsorge. Das Ausmaß der persönlichen Sorgen ist durchweg im gesamten Untersuchungszeitraum geringer als das der jeweils dominierenden gesellschaftsbezogenen Sorgen. Während die Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation und die Sicherheit des Arbeitsplatzes auch dem allgemeinen Konjunkturverlauf zu folgen scheinen, sind die anderen Sorgen im Zeitverlauf recht stabil. Das mag daran liegen, dass persönliche Sorgen weniger von gesellschaftlichen Trends als von persönlichen Nöten bestimmt werden. Die Menschen sind im Großen und Ganzen mit ihrer persönlichen Lebenssituation zufrieden und sorgen sich hier nur wenig. Ein Übergreifen großer Sorgen und Ängste auf das Privatleben der Menschen, wie von den Gegenwartsdiagnosen postuliert, lässt sich nicht feststellen.

Zweifel lassen die Ergebnisse in diesem Beitrag jedoch nicht nur an der Diagnose Angstgesellschaft aufkommen, sondern auch an der häufig vor-

gebrachten Bedeutung von Sorgen und Ängsten für den Erfolg rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien in den letzten Jahren (Nachtwey 2017). Anders als von der Konkurrenz- oder Verdrängungshypothese vorhergesagt, machen sich die Menschen nicht in erster Linie Sorgen über die Zuwanderung, weil sie befürchten würden, dass die Migranten ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen könnten. Wenn das der Fall wäre, müssten auch die wirtschaftlichen Sorgen deutlich erhöht sein. Diese sind jedoch, wie gesehen, auf einem bisher im Untersuchungszeitraum einmaligen Tiefstand. Stattdessen stehen Sorgen über die Zuwanderung im starken Zusammenhang mit Kriminalitätssorgen, was den Schluss zulässt, dass Migranten von einigen Menschen in Deutschland als eine Bedrohung für das Zusammenleben wahrgenommen werden. Der Treiber hinter dem Erfolg rechtspopulistischer Parteien sind also nicht alleine die sogenannten Modernisierungsängste, sondern vielleicht auch fremdenfeindliche Einstellungen, die im Zuge der aktuellen Flüchtlingszuwanderung neuen Auftrieb bekommen (vgl. hierzu die detaillierteren Ausführungen von Schröder 2018). Weitergehende Analysen mit Individualdaten sind hier notwendig. Sicher ist aber, dass einfache Erklärungen, wie sie manche Gegenwartsdiagnosen anbieten, nicht ausreichen.

Wir leben also nicht in einer Angstgesellschaft, in der Sorgen und Ängste allgegenwärtig sind. Dennoch sind Sorgen und Ängste ein wichtiger Indikator für den Zustand der Gesellschaft bzw. dafür, wie Menschen diesen wahrnehmen und interpretieren. Sie zeigen an, was die Menschen aktuell beschäftigt und verunsichert. Menschen blicken nicht nur auf ihre eigene Situation, sondern nehmen auch sehr genau gesellschaftliche Entwicklungen wahr und reagieren, sofern sie diese als problematisch bewerten, mit der Herausbildung von spezifischen Sorgen und Ängsten. Die Sorgen der Menschen sind damit ein wichtiger Seismograf für gesellschaftliche Entwicklungen und sollten auch außerhalb von Gegenwartsdiagnosen zukünftig stärker im Fokus der Wissenschaft stehen und hinsichtlich ihrer Ursachen und Konsequenzen untersucht werden.

Literatur

BAMF (2018): Aktuelle Zahlen zu Asyl (07/2018). www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infotehek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-juli-2018.pdf?__blob=publicationFile (zuletzt geprüft: 16.01.2019).

- Bandura, A. (1977): »Self-efficacy: Toward a unifying theory of behavioral change«, in: *Psychological Review* 84 S. 191–215. DOI: 10.1007/BF01663995
- Bauman, Z. (2006): *Liquid fear*, Cambridge/Malden, MA: Polity Press.
- Beck, U. (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Boers, K. (1991): *Kriminalitätsfurcht: Über den Entstehungszusammenhang und die Folgen eines sozialen Problems*, Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft.
- Bude, H. (2014): *Gesellschaft der Angst*, Hamburg: Hamburger Edition.
- Burgard, S. A./Brand, J. E./House, J. S. (2009): »Perceived Job Insecurity and Worker Health in the United States«, in: *Social Science & Medicine* 69, S. 777–785. DOI: 10.1016/j.socscimed.2009.06.029
- Burkhardt, C./Grabka, M./Groh-Samberg, O./Lott, Y./Mau, S./Bertelsmann-Stiftung (2013): *Mittelschicht unter Druck?*, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Dehne, M. (2017): *Soziologie der Angst*, Wiesbaden: Springer Fachmedien. DOI: 10.1007/978-3-658-15523-0
- Delhey, J./Schneickert, C./Steckermeier, L. C. (2017): »Sociocultural inequalities and status anxiety: Redirecting the Spirit Level Theory«, in: *International Journal of Comparative Sociology* 58, S. 215–240. DOI: 10.1177/0020715217713799
- De Witte, H./Pienaar, J./De Cuyper, N. (2016): »Review of 30 Years of Longitudinal Studies on the Association between Job Insecurity and Health and Well-Being: Is There Causal Evidence?«, in: *Australian Psychologist* 51, S. 18–31. DOI:10.1111/ap.12176
- Dittmann, J. (2005): *Entwicklung der Kriminalitätseinstellungen in Deutschland: Eine Zeitreihenanalyse anhand allgemeiner Bevölkerungsumfragen*. DIW Diskussionspapier.
- Dittmann, J. (2009): *Unsicherheit in Zeiten gesellschaftlicher Transformation: Zur Entwicklung und Dynamik von Sorgen in der Bevölkerung in Deutschland*. DIW Berlin, The German Socio-Economic Panel (SOEP).
- Erlinghagen, M. (2008): »Self-Perceived Job Insecurity and Social Context: A Multi-Level Analysis of 17 European Countries«, in: *European Sociological Review* 24, S. 183–197. DOI:10.1093/esr/jcm042
- Erlinghagen, M. (2010): »Mehr Angst vor Arbeitsplatzverlust seit Hartz? Langfristige Entwicklung der Beschäftigungsunsicherheit in Deutschland«, in: *IAQ-Report 2010-02*, S. 1–12. DOI: 10.17185/duerpublico/45641

- Erlinghagen, M./Lübke, C. (2015): »Arbeitsplatzunsicherheit im Erwerbsverlauf. Eine Sequenzmuster-analyse westdeutscher Paneldaten«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 44, S. 407–425.
- Fitzgerald, J./Curtis, K.A./Corliss, C. L. (2012): »Anxious Publics: Worries About Crime and Immigration«, in: *Comparative Political Studies* 45, S. 477–506. DOI: 10.1177/0010414011421768
- Goebel, J./Grabka, M. M./Liebig, S./Kroh, M./Richter, D./Schröder, C./Schupp, J. (2018): The German Socio-Economic Panel (SOEP). *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*. DOI: 10.1515/jbnst-2018-0022
- Hirtenlehner, H. (2006): »Kriminalitätsfurcht – Ausdruck generalisierter Ängste und schwindender Gewissheiten?«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 58, S. 307–331. DOI: 10.1007/s11575-006-0057-y
- Hummelsheim, D./Hirtenlehner, H./Jackson, J./Oberwittler, D. (2011): »Social Insecurities and Fear of Crime: A Cross-National Study on the Impact of Welfare State Policies on Crime-related Anxieties«, in: *European Sociological Review* 27, S. 327–345. DOI: 10.1093/esr/jcq010
- Hummelsheim-Doß, D. (2016): »Kriminalitätsfurcht in Deutschland: Fast jeder Fünfte fürchtet, Opfer einer Straftat zu werden« In: *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, S. 6–11.
- Kroh, M. (2005): »Die Sorgen der Bevölkerung über die Folgen der EU-Erweiterung«, in: *DIW Wochenbericht* 11, S. 193–198.
- Lancee, B./Sarrasin, O. (2015): »Educated Preferences or Selection Effects? A Longitudinal Analysis of the Impact of Educational Attainment on Attitudes Towards Immigrants«, in: *European Sociological Review* 31, S. 490–501. DOI: 10.1093/esr/jcv008
- Lengfeld, H. (2017): »Die »Alternative für Deutschland«: Eine Partei für Modernisierungsverlierer?«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 69, S. 209–232. DOI: 10.1007/s11577-017-0446-1
- Lengfeld, H./Hirsche, J. (2009): »Die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg. Eine Längsschnittanalyse 1984–2007«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 38, S.379–398.
- Lengfeld, H./Ordemann, J. (2017): »Der Fall der Abstiegsangst, oder: Die mittlere Mittelschicht als sensibles Zentrum der Gesellschaft. Eine Trendanalyse 1984–2014«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 46, S.167–184. DOI: 10.1515/zfs0z-2017-1010

- Lübke, C./Erlinghagen, M. (2014): »Self-Perceived Job Insecurity Across Europe over Time: Does Changing Context Matter?«, in: *Journal of European Social Policy* 24, S. 319–336. DOI: 10.1177/0958928714538215
- Lux, T. (2018): »Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die ›Alternative für Deutschland‹: Eine Partei für Modernisierungsverlierer?«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70, S. 255–273. DOI: 10.1007/s11577-018-0521-2
- Marx, P. (2014): »The Effect of Job Insecurity and Employability on Preferences for Redistribution in Western Europe«, in: *Journal of European Social Policy* 24, S. 351–366. DOI: 10.1177/0958928714538217
- Nachtwey, O. (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft: Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Berlin: Suhrkamp.
- Nguyen, C. (2017): »Labour Market Insecurity and Generalized Trust in Welfare State Context«, in: *European Sociological Review* 33, S. 225–239. DOI: 10.1093/esr/jcw058
- Polizeiliche Kriminalstatistik PKS, 2018: Bericht zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2017. www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2017/pks2017_node.html (zuletzt geprüft: 16.01.2019).
- Preisendörfer, P. (1999): *Umwelteinstellungen und Umweltverhalten in Deutschland: Empirische Befunde und Analysen auf der Grundlage der Bevölkerungsumfragen »Umweltbewusstsein in Deutschland 1991–1998«*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. DOI: 10.1007/978-3-663-11676-9
- Rammstedt, B. (2007): »Who worries and who is happy? Explaining individual differences in worries and satisfaction by personality«, in: *Personality and Individual Differences* 43, S. 1626–1634. DOI: 10.1016/j.paid.2007.04.031
- Rippl, S./Seipel, C. (2018): »Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70, S. 237–254. DOI: 10.1007/s11577-018-0522-1
- Rohrer, J. M./Brümmer, M./Schmukle, S. C./Goebel, J./Wagner, G. G. (2017): »What else are you worried about? – Integrating textual responses into quantitative social science research«, in: *PLoS ONE* 12, S. 1–34. DOI: 10.1371/journal.pone.0182156
- Schimank, U./Mau, S./Groh-Samberg, O. (2014): *Statusarbeit unter Druck? Zur Lebensführung der Mittelschichten*. Weinheim: Beltz Juventa.

- Schröder, M. (2018): AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich. SOEPPapers on Multidisciplinary Panel Data Research.
- Sverke, M./Hellgren, J./Näswall, K. (2006): »Arbeitsplatzunsicherheit: Überblick über den Forschungsstand«, in: Fehlzeiten-Report 2005, Berlin/Heidelberg: Springer, S. 59–92.
- Wagner, G./Frick, J./Schupp, J. (2007): »The German Socio-Economic Panel Study (SOEP): Evolution, Scope and Enhancements«, in: Schmollers Jahrbuch 127, S. 139–169.
- Weinstein, N. D. (1980): »Unrealistic optimism about future life events«, in: Journal of Personality and Social Psychology 39, S. 806–820. DOI: 10.1037/0022-3514.39.5.806
- Wilkinson, R. G./Pickett, K. (2012): Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin: Tolkemitt-Verl. bei Zweitausend-eins.

Anhang

Tabelle 1: Entwicklung persönlicher Sorgen in West- und Ostdeutschland

	Westdeutschland Sorgen um/über ... in %				Ostdeutschland Sorgen um/über ... in %			
	eigene wirtschaftliche Entwicklung	Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes*	eigene Gesundheit	eigene Altersvorsorge	eigene wirtschaftliche Entwicklung	Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes*	eigene Gesundheit	eigene Altersvorsorge
1984	18,6	16,8						
1985	18,9	11,9						
1986	15,9	12,1						
1987	15,5	9,9						
1988	15,7	11,9						
1989	12,8	7,1						
1990	12,8	7,9			28,5	38,1		
1991	11,1	5,7			38,7	47,3		
1992	13,6	8,6			31,4	36,4		
1993	14,5	7,9			28,5	23,6		

	Westdeutschland Sorgen um/über ... in %				Ostdeutschland Sorgen um/über ... in %			
	eigene wirtschaftliche Entwicklung	Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes*	eigene Gesundheit	eigene Altersvorsorge	eigene wirtschaftliche Entwicklung	Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes*	eigene Gesundheit	eigene Altersvorsorge
1994	17,8	10,2			26,2	22,1		
1995	16,2	10,7			24,5	24,6		
1996	15,6	9,8			23,5	20,7		
1997	18,8	12,4			26,1	23,9		
1998	22,0	13,4			31,2	23,3		
1999	16,4	11,7	19,00		21,8	23,2	23,10	
2000	15,4	11,1	17,40		24,2	25,3	21,00	
2001	14,6	8,8	16,60		24,9	22,8	21,50	
2002	17,5	12,8	16,90		28,9	25,8	20,70	
2003	22,5	14,9	16,20		33,8	26,1	20,30	
2004	25,1	18,8	19,20		36,9	32,3	24,60	
2005	25,9	19,1	18,50		36,8	31,5	22,90	
2006	26,7	17,4	18,80		33,1	24,9	22,50	
2007	24,2	16,0	17,70		33,2	24,3	21,50	
2008	20,9	13,9	17,60		28,7	24,2	21,30	
2009	23,5	15,7	17,30		30,7	21,0	21,90	
2010	22,4	13,8	20,20		27,6	23,8	25,70	
2011	17,5	8,8	19,50		26,4	14,4	25,60	
2012	18,1	11,3	19,00		24,7	15,6	25,30	
2013	14,1	8,1	17,40		22,2	13,5	23,40	
2014	13,1	8,3	18,10		19,4	13,3	23,50	
2015	12,9	6,6	17,60	22,9	17,2	9,9	22,10	28,9
2016	12,4	5,9	17,20	21,1	15,8	8,0	21,80	24,9

Quelle: SOEPv33.1, eigene Berechnungen (querschnittsgewichtet) Anteil an Personen, die sich jeweils große Sorgen machen.

*nur für Erwerbstätige

Tabelle 2: Entwicklung gesellschaftsbezogener Sorgen in West- und Ostdeutschland

	Westdeutschland Sorgen um/über ... in %				Ostdeutschland Sorgen um/über ... in %			
	Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung	Erhalt des Friedens	Zuwanderung	Sozialer Zusammenhalt der Gesellschaft	Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung	Erhalt des Friedens	Zuwanderung	Sozialer Zusammenhalt der Gesellschaft
1984	33,2	53,5						
1985	31,4	49,3						
1986	19,3	45,5						
1987	20,8	46,3						
1988	28,5	41,1						
1989	17,9	33,7						
1990	19,0	25,9			36,2	40,5		
1991	19,1	42,1			47,6	48,2		
1992	24,4	39,3			36,7	50,3		
1993	40,3	45,1			42,0	53,7		
1994	37,5	43,6			40,9	54,3		
1995	25,8	44,6			27,5	52,6		
1996	45,1	36,3			44,6	49,5		
1997	48,2	30,5			53,4	42,7		
1998	41,0	37,0			53,0	44,4		
1999	26,0	40,1	35,3		29,8	42,8	39,1	
2000	19,6	30,8	29,2		31,7	41,6	34,0	
2001	17,4	28,2	23,7		33,9	37,0	28,6	
2002	31,4	43,2	28,0		46,3	52,5	33,4	
2003	54,0	62,3	26,5		64,1	70,3	29,4	
2004	49,4	40,3	32,7		57,3	46,2	37,0	
2005	54,1	38,4	38,2		61,2	47,8	43,6	
2006	44,1	42,1	33,9		48,3	43,9	37,7	
2007	24,6	36,6	29,7		29,1	39,4	34,5	
2008	25,4	32,2	25,4		28,7	35,0	31,3	

	Westdeutschland Sorgen um/über ... in %				Ostdeutschland Sorgen um/über ... in %			
	Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung	Erhalt des Friedens	Zuwendung	Sozialer Zusammenhalt der Gesellschaft	Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung	Erhalt des Friedens	Zuwendung	Sozialer Zusammenhalt der Gesellschaft
2009	44,7	30,5	21,3		44,5	34,9	25,5	
2010	37,5	30,8	21,9		36,8	35,3	26,1	
2011	20,8	33,4	22,4		25,6	36,0	31,0	
2012	22,0	30,9	17,8		23,9	33,9	23,8	
2013	18,2	29,0	20,5		20,6	33,3	26,5	
2014	11,9	36,2	24,4		14,5	35,6	31,9	
2015	15,0	47,8	30,2	25,4	15,1	47,4	40,9	31,8
2016	13,8	55,3	44,4	36,4	17,1	58,0	58,7	42,7

Quelle: SOEPv33.1, eigene Berechnungen (querschnittsgewichtet) Anteil an Personen, die sich jeweils große Sorgen machen.

Tabelle 3: Entwicklung gesellschaftsbezogener Sorgen in West- und Ostdeutschland (Fortsetzung)

	Westdeutschland Sorgen um/über ... in %				Ostdeutschland Sorgen um/über ... in %			
	Kriminalitätsentwicklung	Ausländerfeindlichkeit	Schutz der Umwelt	Klimafolgen	Kriminalitätsentwicklung	Ausländerfeindlichkeit	Schutz der Umwelt	Klimafolgen
1984			52,7					
1985			47,3					
1986			43,5					
1987			58,8					
1988			57,3					
1989			63,5					
1990			63,1				58,3	
1991			53,1				46,4	
1992		42,3	59,0				58,7	
1993		49,6	51,8				48,9	

	Westdeutschland Sorgen um/über ... in %				Ostdeutschland Sorgen um/über ... in %			
	Kriminali- tätsent- wicklung	Ausländer- feindlich- keit	Schutz der Umwelt	Klima- folgen	Kriminali- tätsent- wicklung	Ausländer- feindlich- keit	Schutz der Umwelt	Klima- folgen
1994	53,2	48,2	40,6		75,4		37,4	
1995	51,7	45,1	45,2		72,0		42,9	
1996	55,1	30,7	38,1		74,6	26,9	37,7	
1997	58,7	31,7	35,2		75,7	28,0	36,9	
1998	56,0	31,9	34,8		68,2	29,0	31,9	
1999	51,3	30,9	23,7		65,5	29,6	22,7	
2000	51,0	32,5	27,0		65,6	31,7	27,8	
2001	47,8	34,8	25,5		60,5	38,5	25,8	
2002	47,8	27,8	23,7		56,6	29,7	23,6	
2003	43,5	23,1	24,5		51,7	24,2	27,0	
2004	44,3	24,0	23,9		48,5	23,7	24,4	
2005	48,0	31,3	28,4		54,7	31,7	30,0	
2006	44,1	29,5	27,4		48,8	28,3	25,2	
2007	44,0	28,0	37,9		49,0	28,4	35,4	
2008	39,6	24,9	29,5		41,6	23,1	26,3	
2009	32,2	20,7	26,7	29,0	36,9	21,1	25,7	25,3
2010	36,2	20,3	31,2	31,2	40,7	21,1	28,1	23,7
2011	31,2	19,1	31,5	31,0	39,9	20,7	29,1	24,6
2012	29,0	21,7	28,5	28,7	37,0	20,3	25,9	24,7
2013	28,0	19,9	26,7	26,7	37,2	18,2	25,4	23,0
2014	29,7	21,1	27,0	28,3	38,9	22,5	25,4	23,9
2015	35,5	34,9	26,9	27,7	46,1	34,4	24,6	23,0
2016	45,7	49,2	28,9	32,1	56,4	45,2	25,2	25,4

Quelle: SOEPv33.1, eigene Berechnungen (querschnittsgewichtet) Anteil an Personen, die sich jeweils große Sorgen machen.